

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich je 5 Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.25 Beleggebühr. Beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 6737.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kinderzettel“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über deren Raum 10 Pfennig.
Beilage 10 Pf. Beilage unter 20 x 10 laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Monatsumme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 6737.

Nr. 257.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 30. November 1933.

15. Jahrgang.

411

Stadt-Bibliothek

S 839

Es ist ein stetes stilles Wandern
durch Menschen, Dinge und Gedanken.
Man geht und geht
und merkt kaum, wie ringsum die Bilder
sich verschieben und vorübergleiten
und eines um das andere rückwärts fällt...
und plötzlich steht man wie in einer neuen Welt!
Fernes wird nah und Nahes fern...
du bleibst sein Kern. Caesar Flaischlen.

Umschau.

— Auf dem Wege direkter Verhandlungen. —
Hilfers Friedenspolitik. — Mit Klagen gegen den Frieden.
— Verhängnisvolle Einflüsse. — Kabinett Chautemps. —
Das „freie“ Syrien. —

Das Ergebnis des 12. November und die leidenschaftliche Friedenspolitik unseres Kanzlers Adolf Hitler haben heute schon der europäischen Politik eine völlig neue Wendung gegeben. Bisher war es doch so, daß Deutschlands Gegner die Deutschen immer nur mit Deutschen schlugen. Die sprichwörtliche deutsche Uneinigkeit war das Kapital, aus dem gewisse internationale Kreise ihre fettesten Gewinne zogen. Der 12. November hat mit diesem internationalen Spekulationsgeschäft gründlich aufgeräumt. Das deutsche Volk ist wach geworden und steht geschlossen hinter seinem Führer. Dieser Führer aber will nichts anderes als den Frieden und zwar den Frieden der Ehre und Gerechtigkeit. Vor dieser Tatsache steht die Welt. Und wer aufmerksam hineinhört in das Weltgeschehen, der merkt, daß die Staatsmänner der anderen Nationen diesem Tatbestand bereits Rechnung tragen.

Der französische Versuch, die zwischenstaatlichen Probleme auch nach dem Abschied Deutschlands aus Genf in der Hauptsache nur im Rahmen des Völkerbundes zu „lösen“, ist restlos gescheitert. Frankreich steht heute mit seinem Völkerbund praktisch allein auf weiter Flur. Denn das Interesse Englands am Völkerbund ist kein allzu erhebliches, Italien droht mit dem Austritt und die Großmächte Rußland, Japan und Nordamerika gehören ihm ohnehin nicht an. So hat die von Mussolini und auch von Hitler erstrebte Politik der direkten Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen ganz erheblich an Bedeutung gewonnen, wie das aus den außenpolitischen Geschehnissen der allerletzten Zeit ja denn auch ganz unzweideutig hervorgeht. Schon der Gedankenaustausch zwischen Hitler und dem polnischen Bevollmächtigten machte ja die Bahn frei für direkte Besprechungen zwischen Berlin und Warschau, wenn auch der blutige Ueberfall eines polnischen Sprengkommandos auf deutsche Bürger in Graudenz, der drei Todesopfer forderte, eine schlechte Begleitmusik zu Freundschaftsverhandlungen bedeuten, die jedenfalls deutscherseits durchaus ehrlich gemeint sind. Aber Hitlers Friedensangebot richtet sich nicht nur an Polen, sondern auch an Frankreich. Die Unterredungen, die Hitler kürzlich mit einem bekannten französischen Journalisten und kurz darauf mit dem französischen Botschafter in Berlin gehabt hat, lassen hierüber keinen Zweifel offen. Unser Reichskanzler hat klipp und klar erklärt, daß in Europa kein einziger Streitfall bestehe, der einen Krieg rechtfertige, und daß Deutschland zu jeder Verständigung auf dem Boden der Ehre und der Gleichberechtigung von ganzem Herzen bereit sei. Freilich, wenn Frankreich seine „Sicherheit“ auf einem entrechteten und mehrlosen Deutschland aufzubauen gedanke, dann sei nichts zu machen. Die Zeiten, in denen das möglich gewesen wäre, seien zu Ende. Einen Rückzug nach Genf gäbe es für Deutschland nicht.

Diese offenen Worte des Friedens und ehrlichen Verständigungswillens haben ihren Eindruck auf die übrige Welt nicht verfehlt. Kein anderer als Tom Clarke, ehemaliger Chefredakteur der berühmten Northcliffe-Presse, faßt sein Urteil in dem Satz zusammen: „Hitler hat mehr für den Weltfrieden getan als irgendwer!“ Selbst der englische Außenminister, der uns in Genf mit dem verästelten Macdonaldplan in ein neues Diktat hineinklopfen wollte, mußte in seiner letzten Unterhaussprache gestehen, daß das heutige Deutschland „kein Objekt für Diktate“ sei. Im übrigen scheint er die Unfruchtbarkeit seiner bisherigen Tätigkeit als „ehelicher Makler“ zwischen Frankreich und Deutschland eingesehen zu haben, indem auch er Frankreich den Weg direkter Verhandlungen mit Deutschland empfiehlt. Wenn er jedoch meint, „Deutschland habe noch seinen Beitrag zu liefern, um die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen“, so ist er schlecht beraten. Deutschland hat seinen Beitrag geliefert und

Das Hitler-Deutschland — ein Wunschbild der anderen

Von Jürgen Eggers.

Seit dem überwältigenden Bekenntnis des deutschen Volkes zu seinem genialen Führer Adolf Hitler, wie es am 12. November aller Welt offenbar geworden ist, gibt es kein Wenn und kein Aber, kein Drehen und kein Deuteln mehr: Deutschland hat ein neues Gesicht bekommen. Gleich dem sagenhaften Phönix ist das deutsche Volk aus der Asche seines beispiellosen Zusammenbruchs neu emporgestiegen. Zwar wurde ihm bis vor kurzem sein Recht auf Ehre und Gleichberechtigung unter den übrigen Nationen noch vorenthalten. Und es bedarf fürwahr des vollen Einsatzes aller unserer Kräfte, um der neuen deutschen Staatsführung in ihrem mutigen und entschlossenen Kampfe gegenüber einer Welt von Neidern und Verleumdern den Rücken zu stärken. Aber über alle böswilligen Störungsversuche der Auslands- und heimischen Presse vom Schläge der „Petit Parisien“ und der „Saturday Review“ hinweg bricht sich die Wahrheit über Deutschland doch immer mehr Bahn. Wie das deutsche Volk zu neuem Leben erwacht ist und mit Ulrich von Hutten, Luthers Zeit- und Streitgenossen, wieder ausrufen kann: „O Jahrhundert, es ist eine Lust zu leben!“, so regt es sich hier und da auch bereits in den anderen Völkern. Jedes Land hat bald „seine“ faschistisch-nationalsozialistische Bewegung. Langsam aber sicher setzt sich die gesunde Weltanschauung des Nationalsozialismus von Mann zu Mann, von Gruppe zu Gruppe, von Volk zu Volk fort. Hiergegen schützt die alten Herrschaftsmächte eines überlebten parlamentarisch-demokratischen Systems kein Verbot und keine Unterdrückung der sich regenden und bewegenden jungen nationalen Kräfte. (Vgl. die verzweifelte Lage Oesterreichs). Gleich einem unerbittlichen Naturgesetz zerbrechen sie hier und dort die längst brüchigen Formen und Ueberlieferungen eines fast- und kraftlos gewordenen Zeitalters. „Und wenn die Welt voll Teufel war“ und wollte uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen!“ Der Nationalsozialismus deutscher Prägung geht bewußt gewiß nicht auf eine Weltrevolution aus, wie eine solche etwa vom russischen Bolschewismus mit allen Mitteln versucht worden ist. Wer den Nationalsozialismus kennengelernt hat, wird ehrlich zugeben, daß seine Ideen Werte darstellen, deren Verwirklichung das Glück einer Nation bedeutet. Daß dies nicht nur Lobhudelei eines seiner überzeugten Vertreter, sondern sogar die selbstgewonnene Ueberzeugung von Ausländern sein kann, dafür ein Beispiel aus dem Leben.

Vor wenigen Tagen hatte ich dienstlich mit einem Reichsdänen (Seoffizier der Reserve und Richter am Seemannsamt) aus Odense (Dänemark) zu tun. Der Herr sprach auf meinem Amtszimmer persönlich vor. Nach Erledigung der dienstlichen Angelegenheiten (betr. Grunderwerbssteuer) wandte sich der Ausländer spontan an mich mit folgenden Worten: „So wie es jetzt in Deutschland ist, so muß es auch bei uns (in Dänemark) kommen.“ Ueberascht durch ein derartig freimütiges Bekenntnis fragte ich vorsichtig zurück, ob es denn tatsächlich zu merken sei, was sich in Deutschland inzwischen ereignet habe. Da gestand mir der Reichsdäne in bewegten Worten, daß Deutschland ein ganz anderes Gesicht zeige, als wie man es von früher gewohnt gewesen sei. Keine Frage, ob denn in Dänemark nicht ein Führer wie unser Adolf Hitler sei, verneinte der Gefragte resigniert mit sichtlichem Bedauern. Seine hohe Verehrung des Hitler-Deutschland kam noch ganz besonders dadurch zum Ausdruck, daß der Reichsdäne sich von mir mit dem deutschen Gruß (!) verabschiedete. Mit einem gewissen Stolz habe ich es bei diesem kleinen Intermezzo empfunden, ein Repräsentant des neuen Deutschlands, eines Deutschlands der Ehre, sein zu dürfen. Man erkennt be-

reits, daß der 12. November seine gewaltige Kraftoffenbarung wirksam werden läßt. Wir haben alle Ursache, auf diesen Tag stolz zu sein und ihn als den wichtigsten Tag der Geschichte der Deutschen anzusehen. Deutschland ist in Wahrheit neu entstanden. Sein gegenwärtiges Gesicht ähnelt in keinem Stück mehr dem früheren. In seiner werdenden Neugestalt ist es fürwahr geeignet — das Wunschbild der andern zu sein.

Doch nicht nur der Fremde, der Ausländer schlechthin, empfindet und würdigt — wenn anders er überhaupt ehrlich ist — das neue Werden der Ehre und Achtung heischen der deutschen Nation. Sind's nicht bereits die Repräsentanten der Auslandsstaaten selber, die sich wohl oder übel eingestehen müssen, einer völlig veränderten Situation gegenüber zu stehen? Mit der vertrauensvollen Aussprache zwischen Adolf Hitler und dem polnischen Gesandten Lipsky fing es an, der polnische Außenminister ausdrücklich, mit Hendersons Rücktrittsdrohung fand es seine Fortsetzung, und jetzt merkt man bereits, welche vernichtende Wirkung das deutsche Bekenntnis vom 12. November allmählich auf die „Großen“ auszuüben beginnt: die Abrüstungskonferenz ist tot, der englische Außenminister Simon verliert immer mehr an Rückenstärke, der Gegensatz England — Frankreich in punkto Abrüstungsplan ist offenkundig! Diese Ergebnisse verdankt das neue Deutschland seinem Führer, der es verstanden hat, ein geklärtes Volk zu einer einheitlichen Nation zusammenzuschließen, ein Werk, woran sich die Staatsmänner und Herrscher der Vergangenheit jahrhundertlang vergeblich bemüht haben — von Adolf Hitler in wenigen Monaten vollendet! Wir tun gut, wenn wir uns der Größe unserer gegenwärtigen Zeit als Deutsche recht bewußt bleiben. Unsere Kinder und Kindeskinde werden den 12. November 1933 als den großen Wendepunkt in Deutschlands Schicksal lernen und feiern! Von diesem Zeitpunkt an tritt das Dritte Reich unter seinem gottbegnadeten Führer bewußt als Nation auf, mit deren Stimme man zu rechnen hat. Was Konferenzen der Nachkriegszeit uns versagten, das haben wir unter der genialen Führung unseres Volksherrschers Adolf Hitler uns selber wiedergeholt: unsere Ehre und Achtung als Kulturnation ersten Ranges. Auf diesem Wege schreiten wir nun vorwärts — aufwärts, der Vollendung des Dritten Reichs der Einigkeit und Treue, der sozialen Gemeinschaft und des gerechten Friedens entgegen. Wir sind ein Volk, ein Reich, wir haben einen Führer! (Regem habemus!)

So haben wir alle Ursache, mit Dank gegen Gott die Volksgemeinschaft im Staate Adolf Hitlers hundertprozentig zu bejahen. Wir bekennen uns freudig zu dem Werk unserer Regierung, wie es im Winterhilfswerk einzigartig dasteht, wie es im Arbeitsdienst und in der SA vorbildlich organisiert ist, wie es in der ständischen Gliederung seine Krönung sucht und wie es in der ganzen Art des Aufbaus von Staat und Gesellschaft nach Gestaltung ringt — und sie findet! Im Hitler-Deutschland sind jetzt alle Kräfte mobilisiert. So weit die Arbeitslosenarmee noch nicht wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnte, steht sie nicht mehr in stummer und sturer Verzweiflung neben oder gar gegen den Staat. Sie hofft vielmehr auf die Rettung durch Adolf Hitler. Er ist von ihrem Fleiß und Blut, das haben sie in Siemensstadt gesehen und gehört. Und sie haben's ihm gedankt am 12. November! So ist und wird das Hitler-Deutschland in der Tat — ein Wunschbild der andern im weitesten Sinne des Wortes. — Sollte nicht zuletzt am deutschen Wesen doch noch einmal die Welt genesen? Wir glauben es!!

Deutschland wartet auf nichts anderes, als daß auch die anderen Nationen ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen.

Daß weder der englische Baumwollfabrikant noch der französische Bauer oder Rentner für die abrüstungseindliche Politik ihrer Regierungen verantwortlich zu machen sind, steht außer Frage. Daß aber sehr einflußreiche Kreise jenseits der deutschen Grenzen mit allen Mitteln — selbst dem der Lüge und Fälschung — am Werke sind, um die Politik des Friedens und der Abrüstung im Reine zu ersticken, haben die gemeinen Fälschungen des französischen „Petit Parisien“ und der englischen „Saturday Review“ ja hinlänglich erwiesen. Es ist nicht das erste Mal, daß der Chefredakteur des „Petit Parisien“ von sehr

zahlungsunfähiger Seite mit Schmiergeldern traktiert worden ist. Kein anderer als der ehemalige französische Ministerpräsident Laval hat ihm nachgewiesen, daß er in einer einzigen Korruptionsaffäre Bestechungsgelder in Höhe von monatlich 30 000 Francs eingesteckt hat. Die „B. W. Z.“ schreibt: „Diesmal handelt es sich offenbar um noch größere Summen, und diesmal sitzen die Geldgeber wahrscheinlich nicht im Dunkel der Korruption, sondern sind Leute, die weithin bekannt sind, die die Verleumdung Deutschlands für ihre Geschäft brauchen, und deren Namensnennung zu einem internationalen Skandal führen würde.“

Wir glauben nicht fehl zu raten, wenn wir die Leute, die den Unfrieden und den Krieg für ihre Geschäfte brau-

chen, in den Reihen des internationalen Rüstungskapitals, vorzüglich des französischen „Comité des Forges“, das — mit Schneider-Creusot, de Wendel, Lambert Ribot an der Spitze — nicht nur in Frankreich, sondern auch in Belgien, in Polen, in Tschechoslowakien, in Rumänien und Südslawien die Rüstungsindustrie, die chemische Industrie, die Banken und die Presse beherrscht. Die Abrüstung würde den Ruin dieses ungeheuerlichen profitkapitalistischen Apparates bedeuten. Die Welt will den Frieden, die Völker wollen den Frieden, aber die französischen Kanonenhändler wollen fette Tantiemen und Dividenden haben. Darum säen sie die Drachensaat des Mißtrauens, des Krieges und des Todes. Ihr verhängnisvoller Einfluß auf die französische Presse, auf die französischen Generalführer, Minister und Parlamentarier hat bisher noch immer eine ehrliche Verständigungspolitik zunichte gemacht. Daß dieser dämonische Einfluß nicht von heute auf morgen verschwinden wird, scheint leider festzustehen. Auch das neugebildete Kabinett Chautemps bietet keine Gewähr, daß mit den leitenden Stellen in Frankreich gebrochen wird. Im übrigen glauben wir nicht, daß es Chautemps, der schon einmal — und zwar für einen ganzen Tag — französischer Ministerpräsident war, gelingen wird, sich mit seinem Kabinett in Frankreich allzu lange am Ruder zu halten. Das demokratisch-parlamentarische System büßt auch draußen in der Welt: Spanien ganz deutlich gezeigt hat. Deutschland jedenfalls schaut sich glücklich, aus dem verhängnisvollen Wirrwarr des parlamentarischen Kuhhandels und der ewigen Regierungskrisen heraus zu sein und sein Geschick in den Händen einer stabilen Staatsführung zu wissen, die in Ruhe und ohne Bindung an heterogene Interessentencliquen sich dem Wohl des deutschen Volkes widmen kann.

Viel Aufhebens gemacht haben in der letzten Zeit die französischen Zeitungen von der Selbständigmachung Syriens. Syrien ist ja bekanntlich während des Krieges den Italienern von der Entente versprochen, dann den Türken weggenommen und schließlich den Franzosen vom Völkerbund als Mandatsland zugesprochen worden. Um das Selbstbestimmungsrecht, das man während des Krieges so überlaut propagiert hatte, nicht gar zu grobschlächtig zu verleugnen, begründete man die mandatarische Besitzergreifung Syriens mit dem Versprechen einer möglichst baldigen Selbständigmachung. Diese „Selbständigmachung“ ist jetzt erfolgt. So jedenfalls trompeten es die französischen Zeitungen aus. In Wirklichkeit verhält sich die Sache doch etwas anders. Wie man weiß, ist Syrien der Sitz des ausgeprägtesten arabischen Nationalgefühls. Das französische Bombardement von Damaskus ist dafür ein blutiges Erinnerungsmal, das heute noch in allen Herzen der Araber lebendig ist. Ein solches Volk kann man nur versöhnen, wenn man ihm die ganze Freiheit gibt. Aber was Frankreich den Syrern gibt, ist nicht einmal die halbe Freiheit. Zunächst bleibt das Libanongebiet mit seinem fruchtbaren Küstentrich und seinen Hafenplätzen auf Grund des „Mündigkeitsvertrages“ auch weiterhin unter französischer Oberhoheit. Somit bleibt Damaskus nach wie vor abgeriegelt von seinem natürlichen Hafenplatz, während sich Frankreich die Hafenstädte und damit die Wirtschaftszentren des Landes sichert. Ferner verlangt Frankreich in dem gleichen Vertrage die Kontrolle der syrischen Außenpolitik auf die Dauer von 25 Jahren. Darüber hinaus will Frankreich auch in den „befreiten“ Landesteilen militärische Anlagen jeder Art nach Belieben unterhalten. Es ändert sich praktisch an dem bisherigen Zustand mithin so gut wie nichts, nur daß man die teure Verwaltung auf die Tasche der einheimischen Steuerzahler abschiebt.

So sehen Verträge aus, mit denen Paris die Völker „beglückt“.

Aufbau der Arbeitsfront

Drei Arten der Mitgliedschaft. — Aufnahmebeschränkung für die Verbände.

Der Führer der Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, hat folgende Anordnung getroffen:

Die Aufnahme von deutschen Volksgenossen in die jetzt von der Deutschen Arbeitsfront geführten Verbände ist mit sofortiger Wirkung gesperrt. Die Sperrung ist endgültig und wird nicht mehr aufgehoben.

Es handelt sich hier lediglich um die der Deutschen Arbeitsfront unterstellten Verbände, nicht um die Deutsche Arbeitsfront als solche. In die Arbeitsfront selbst können daher Einzelmitglieder auch weiterhin aufgenommen werden, wie folgender vom Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront, Klaus Selzner, im Anschluß an die Anordnung Dr. Leys erlassene Bekanntmachung nachdrücklich klarstellt:

In Vollzug des Auftrages des Stabsleiters der P.D., Pg. Dr. R. Ley, können wertvolle deutsche Volksgenossen mit sofortiger Wirkung die Einzelmitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront erwerben. Die Gaubetriebszellenabteilungen führen die Werbung dieser neuen Mitglieder durch und führen diese gefordert in ihrer Kartei als Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. Die Aufnahmegebühr beträgt 30 Pfennig.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront,

Staatsrat Dr. Ley,

erläuterte anlässlich eines Pressempfanges die von ihm getroffene Anordnung und führte u. a. aus: Um die Einheit herzustellen, habe er auch die Verordnung erlassen, daß die Verbände mit sofortiger Wirkung keine Mitglieder mehr aufnehmen sollen. Nunmehr gebe es nur noch einzelne Mitglieder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie müßten in der Reihenorganisation geordnet werden. Man werde sie am besten nach dem einordnen, was den einzelnen Menschen und seine Entwicklung fördere. Das sei der Beruf, die Fachschaft.

Eine Ordnung nach Klassen, Ständen oder Schichten gebe es nicht mehr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehören zusammen. Augenblicklich beständen noch drei Arten von Mitgliedschaften: erstens die Verbandsmitgliedschaft; durch die heutige Verordnung schloßen die Verbände ihre Reihen, sie verwalten zwar noch Vermögen und Beiträge, sie hätten aber genau dieselben Aufgaben wie die Arbeitsfront im großen: die Erziehung. Zweitens die Korporationen, wie die Reichskulturkammer, die als Korporation Mitglied ist. Drittens — und vor allem — die Einzelmitgliedschaft.

Die Dienststellen, die die Aufnahmen tätigen, seien die Dienststellen der Partei, das heißt die NSD.-Dienststellen des Landes, die gleichzeitig Dienststellen für die Arbeitsfront seien, damit eine einheitliche Führung gegeben ist und der Geschäftsbetrieb einheitlich und verbilligt durchgeführt werden könne.

Anordnung des Organisationsamtes

Klaus Selzner, der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront, hat folgende Anordnung getroffen:

Alle Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront sind in Personalunion von den Dienststellen der NSD. durch die Amtswalter der NSD. zu führen. Die Landesobmänner der NSD. sind Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront, so:

Groß-Berlin: Pg. Johannes Engel (Stellvertreter: Pg. Spangenberg); Brandenburg: Pg. Hans Woltersdorfer; Schlesien: Pg. Adolf Kullisch; Niedersachsen: Pg. Berthold Karmahne (Stellvertreter: Pg. Carius); Sachsen: Pg. Friedrich Triebel; Nordmark: Pg. Bruno Stamer; Südwest:

sollte immer da, wo Lebensbelange des deutschen Volkes angegriffen werden, eine öffentliche Beurteilung aussprechen, deren Gewicht stark genug wäre, das Verderbliche zu hindern oder wenigstens seine Wiederholung unmöglich zu machen. Ganz besonders sollte das in allen Fällen geschehen, wo rassenhygienische Belange oder Belange der öffentlichen Ehrlichkeit durch das Uebergewicht rein wirtschaftlicher Mächte bedroht werden. Auch die Erkenntnis war vorhanden, daß das Kulturparlament oder, wie es von einigen genannt wurde, der „Deutsche Volksrat“ als ein „Rat der Besten“ nicht durch Wahlen geschaffen werden könne. Nein, eine Stelle, die allseitig als überragend und als unparteiisch anerkannt sei, müsse die Mitglieder ernennen. Also damals schon Führerprinzip! — Ja, man kam schon mit Vorschlägen dafür heraus. Es wurden als geeignet für solch Führerposten genannt der Staatsmann Graf Posadowsky und der schon erwähnte Ferdinand Avenarius.

Der heutigen Generation sei von seinem kulturellen Lebenswerk das Folgende berichtet. Zunächst die Tatsache. Die Zeitschrift „Kulturwart“, der Avenarius mit Recht den Untertitel „Kulturwart“ später beilegte, hat er zunächst 10 Jahre lang mit nur 400 Abonnenten durchgeführt, um sie dann bei mehr als 20 000 Abonnenten zum gewaltigsten deutschen Kulturorgan aufsteigen zu machen. Dann schuf er aus eigener Kraft eine riesige Kultur-Organisation, den „Dürerbund“, hinter dem mehr als 300 000 deutsche Männer und Frauen den Kampf gegen falschen Schein, Lug und Trug im öffentlichen Leben kämpften. Der Dürerbund verfügte neben seinem großen Sprachrohr, dem „Kunst- und Kulturwart“, mit dem er zur deutschen Öffentlichkeit sprach, über weitere starke Mittel. Das waren seine Flugblätter, die in über 500 000 Stück ins Land hinausgingen, sein Volkskalender „Gesundbrunnen“, sein literarischer Ratgeber und schließlich die Dürerbund-Korrespondenz, die von rund 1000 deutschen Zeitungen benutzt wurde. All das war befeelt von Avenarius' Geist. So verstehen wir Heutige, daß er ein berufener Führer für die Schaffung eines Kulturparlamentes werden sollte.

Pg. Fritz Blätner; West: Pg. Wilhelm Förger; Bayern: Pg. Kurt Freg.

Bezirksleiter, welche Landesobmänner der NSD. und Treuhänder der Arbeit sind, wie die Parteigenossen Engel und Förger, lassen ihr Amt als Bezirksleiter durch Stellvertreter ausführen. Ferner sind folgende Gaubetriebszellenobmänner ebenfalls Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront, so: Wilhelm Beder in Hellen; Carl Carius in Niedersachsen; Kurt Duschon in Ostpreußen; Mag. Tiefhöhl in Pommern; Richard Ohling im Rheinland; Ernst Stiehler in Sachsen; Walter Nagel in Westfalen. Alle anderen Gaubetriebszellenobmänner sind Stellvertreter des Bezirksleiters der Deutschen Arbeitsfront für ihren Gaubereich. Die Kreisbetriebszellenobmänner sind Kreisleiter der gesamten Deutschen Arbeitsfront ihres Kreisbereiches. Die Ortsgruppenbetriebswarte sind die örtlichen Leiter der Deutschen Arbeitsfront für ihren Ortsbereich.

„Deutsches Nachrichtenbüro“

Zusammenschluß der deutschen Nachrichtenagenturen.

Angelehnt der wirtschaftlichen Entwicklung in der deutschen Presse haben sich die Inhaber der Continental Telegraphen-Compagnie Wolffs Telegraphisches Büro Aktien-Gesellschaft und die Gesellschaft der Telegraphen-Union Internationaler Nachrichtenendienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung, dahin verständigt, daß die in Deutschland herausgegebenen Dienste der beiden Gesellschaften zusammengelegt werden. Zu diesem Zwecke wird eine neue Gesellschaft gebildet, die sich

Deutsches Nachrichten-Büro, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

nennt. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der neuen Gesellschaft ist Herr Otto Mejer, zu seinem Stellvertreter Herr Dr. Albrecht ernannt worden. Dem Vorstand gehören ferner an die Herren: Direktor Freiherr Bessler von Thalpingen und Direktor Dr. Reeh. Den Vorsitz des Aufsichtsrates übernimmt Herr Verleger Hugo Brudmann (München). Als Delegierter des Aufsichtsrates ist Herr Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß in den Vorstand entsandt worden.

Die neue Gesellschaft wird ihre Arbeiten noch vor Ablauf dieses Jahres aufnehmen.

Neue Eidesformel

Weltliche Schwurform abgeschafft.

Das jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Gesetz zur Einschränkung der Eide im Strafverfahren, das am 1. Januar 1934 in Kraft tritt, sieht auch eine neue Eidesformel vor. Während der Zeuge bisher die ganze Eidesformel nachsprechen mußte, wird die Vereidigung in Zukunft in der Weise erfolgen, daß der Richter an den Zeugen die Worte richtet:

„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben“ und der Zeuge hierauf die Worte spricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“.

Wie bisher hat der Schwörende bei der Eidesleistung die rechte Hand zu erheben.

Gibt der Zeuge an, daß er Mitglied einer Religionsgesellschaft sei, der das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so steht eine unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgegebene Erklärung der Eidesleistung gleich. Eine weltliche Formel des Eides gibt es nach dem neuen Gesetz dagegen nicht mehr.

Stabschef Röhms Ehrenbürger Bayerns

München, 29. November.

Der bayerische Ministerpräsident Siebert hat dem Stabschef Röhms zu seinem 46. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche der Staatsregierung ausgesprochen und ihm zugleich mit einer prächtigen Blumenpennsone eine künstlerisch ausgestattete Ehrenbürgerurkunde überreicht, durch die Stabschef Röhms das Ehrenbürgerrecht des Freistaates Bayern verliehen wird.

Zurückkommend auf die heute Wirklichkeit gewordene Reichskulturkammer, zeigt uns ein Einblick in die nunmehr erlassenen Durchführungsbestimmungen zum Gesetz vom 29. 9. 33, daß der Aufbau im Vergleich zu dem soeben gezeichneten Vorläufer, dem erstrebten Kulturparlament, ein anderer ist. Ein Wesentliches, das rassenhygienische Moment, und der sich darum windende Aufgabenkreis fehlt. Aber das ist nur scheinbar. Deshalb, weil der Rassengedanke als einer der Hauptprogrammpunkte der nationalsozialistischen Bewegung in all ihren Anordnungen, Gesetzen und Verordnungen als Selbstverständlichkeit, wenn auch nicht besonders genannt, vorhanden ist.

Wie wir in jeder Bewegung Entwicklung erhoffen, so dürfen wir auch freudig eine Weiterführung des Kulturkammergedankens voraussehen. Der § 3 der 1. Durchführungs-Verordnung, der die Aufgaben der Reichskulturkammer nennt, die deutsche Kultur in Verantwortung für Volk und Reich zu fördern, die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kulturberufe zu regeln usw. gibt uns ein Anrecht darauf, frohgemut der kommenden Entwicklung entgegenzusehen.

Hilfsstruppen in den sozialen Kämpfen für deutsche Kultur ähnlich dem Dürerbund gibt es auch heute noch hin und her im deutschen Vaterlande. Sie gehören zwar vielfach zu den Stillen im Lande und ihr Wirken fällt nicht sonderlich auf. So denke ich u. a. an die Gruppen, die sich um die Zeitschrift „Ethik“ des Univ.-Prof. Dr. Abderhalden-Halle a. S. scharen. Hier findet man zu solchen Gedanken aufnahmebereite wie gebende Menschen in großer Zahl. Wenn deshalb des Verfassers vor einigen Jahren schon dem Herausgeber der „Ethik“, Univ.-Prof. Abderhalden gegenüber geäußerte Gedanken in dieser Richtung zur Wirklichkeit würden, dann gäbe es möglicherweise neben jedem Stadtparlament eine Stadt-Kulturkammer. Sie wäre in jeder deutschen Stadt so etwas wie ein „gutes Gewissen“ der Stadt, auf dessen Regungen zu achten man gezwungen wäre.

Doch überlassen wir diese Entwicklung der Zukunft. Ich wollte mit einer Rück- und Umschau nur den Blick

Reichskulturkammer.

Schluß.

Es war allmählich die Erkenntnis zur Reife gekommen, daß die deutschen Parlamente (Stadt-, Landtag und Reichstag), so wie sie waren, für viele wichtige Dinge im Volksleben versagen ja versagen mußten, weil sie bedroht nur noch eine — allerdings auch wichtige — Aufgabe erfüllten, eine Stätte zu bieten, wo die Interessen der verschiedenen Wirtschaftskreise unseres Volkes ihren Kampf ausfochten unter dem Deckmantel politischer Gegensätze. Parlamente, die so der Schauplatz mehr oder weniger lauter Parteikämpfe für diese oder jene Wirtschaftsinteressen waren, hatten keine Zeit, boten keinen Raum für wichtigste Lebensfragen des deutschen Volkes, insbesondere rassenhygienischer Natur, zu deren Lösung wirkliche Volks-, nicht Parteivertreter die berufenen Menschen sind.

Allein dieserhalb dürfen wir es begrüßen, daß die nationalsozialistische Bewegung uns von diesem Parteismus befreit hat. Damals war er also noch vorhanden, und so ging der Plan der Kulturfreunde dahin, neben dem bestehenden politischen Parlament (Reichstag) ein sog. Kulturparlament zu schaffen. Dieses sollte all die Aufgaben übernehmen, die eine politische Körperschaft nicht bewältigen kann, also gewissermaßen die politische Arbeit nach der kulturellen Seite hin ergänzen.

Daß eine solche Einrichtung keinen amtlichen Charakter erhalten werde, war den damaligen Vätern des Gedankens im Hinblick auf die parteipolitischen Zustände wohl klar. Man schlug deshalb vor, daß sich das Kulturparlament auf eine reine Gutachterstätigkeit beschränke, bei der Geseßgebung allenfalls beratend mitwirke, kurz sozusagen das gute Gewissen des deutschen Volkes werde. Eine Richtung, die auf dem oben erwähnten Hamburger biologischen Kongreß zur Aussprache kam, ging einen Schritt weiter. Sie wollte dem Kulturparlament die aus seiner Tätigkeit herauswachsende Pflicht auferlegen als Kulturgericht zu wirken. D. h. also, es

Der Bischof von des E. Oberkirch Reichsleiter der E. Hossenfelder, teilt, von seinem getreten. Bischof E. der am letzten So. Lutherner im ge. Schöffel-Hamburg, die Reichskirchenre

Unkläglich der Kirche in Hesse-Raffau, in Hesse-gelischen Landeske-normittag im kur-Synode der neuen Tarmstadt und P. als Kandidaten für Reichsbischof wird ernennen. Weiter-Bischofsitz nach T. belonte in seiner geliche Landeskir-gelium, dem Deut

Die Teilnehm-landes haben an

Deutschl

Bundeskanzler

Der österreichischen deutschen Gefand-an der deutsch-östr-ein Angehöriger-Bedauern ausgef-geleilt, daß er a-vollständige Aufst-herbeizuführen un-antwortung Stel-Unterfuchung vor

Auch der öst-hat dem Reichsa-rung zum Ausdr-reichlichen Gener-halle, an dem E-Bahre des ersch-einem Auftrage

Gr

Beisehung

Unter ungeh-sand in Graub-Bürger, des Sch-Riebold, statt. I-schen keinen Ein-vor dem Altar a-predigt, in der e-Blute der beide-zum geschlossenen-Glaubens u

schärfen und w-früher erdachte-kauf zur Förder

Ich lasse zum-der vergangenen-bauen, sprechen-als Leitaußauf i-1911. Der Aufst-und ist gewidme-findet sich ein E-anschauen darf.

„Noch in Syngiene ein-wirtschaftlic-in der We-entwickl-Erfolg auf-körperlich g

Und weiter sp-Zeit, wo es sich-menschlichen-gesundheit

Sind Ferdin-die anderen Vo-Wegbereiter n-wesen? Es sei

Lehrgeß, das-He sich den Rat-Wälder und Hau-Palmer in dem-qui, preiswert-i-kann nicht besse-pfugen. Warum-leber 50 Jahre-Jon's Schwan-P

Hossenfelder zurückgetreten

in seiner Eigenschaft als Reichskirchenminister

Der Bischof von Brandenburg, geistlicher Vizepräsident des Ev. Oberkirchenrats der altpreußischen Union und Reichsleiter der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Hossenfelder, ist, wie der hannoversche Kurier mitteilt, von seinem Amt als Reichskirchenminister zurückgetreten. Bischof Hossenfelder wurde zu gleicher Zeit wie der am letzten Sonnabend zurückgetretene Vertreter der Lutheraner im geistlichen Ministerium, Landesbischof D. Schöffel-Hamburg, für die Unierte vom Reichsbischof in die Reichskirchenregierung berufen.

Anlässlich der Vereinigung der evangelischen Landeskirchen in Hessen mit der evangelischen Landeskirche in Nassau, in Hessen-Rassel und Frankfurt a. M. zur Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen fand am Dienstag vormittag im kurfürstlichen Schloss zu Mainz die erste Synode der neuen Landeskirche statt. Prälat D. Dr. Thiele-Darmstadt und Pfarrer Dr. Dietrich-Wiesbaden wurden als Kandidaten für das Landesbischofsamt bestimmt. Der Reichsbischof wird einen der beiden zum Landesbischof ernennen. Weiter wurde beschlossen, den vorläufigen Bischofsitz nach Darmstadt zu verlegen. Der Vorsitzende betonte in seiner Ansprache an die Synode, die Evangelische Landeskirche Hessen-Nassau halte treu zum Evangelium, dem Deutschen Reich und seinem Führer.

Aus Kirche und Theologie.

Die Teilnehmer der Synodaltagung des Siegerlandes haben am 20. November ihre Uebereinstimmung

mit den Plänen und Erklärungen des Präses D. Koch erklärt und treten geschlossen dafür ein, daß die rheinisch-westfälische Kirchenordnung in ihren Grundzügen auch in der neuen Reichskirchenverfassung erhalten bleibt.

Eine Hamburger Führertagung der niedersächsischen Glaubensbewegung Deutscher Christen fordert noch für dies Jahr Einberufung der Nationalsynode, damit ein umfassendes einheitliches Reichskirchengesetz verabschiedet werden könne.

In einer Sitzung des westfälischen Provinzialkirchenrats vom 25. November wurde der Erklärung des Reichsbischofs, Angriffe auf Bibel und Bekenntnis abzuwehren, freudig zugestimmt. Es wurde weiter beschlossen, daß bei der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse die Eigentümlichkeit der westfälischen presbyterial-synodalen Verfassung gewahrt bleiben soll. Die Erklärung, die Präses D. Koch im Kirchenrat am 28. September und 1. November 1933 im Blick darauf abgegeben hat, wurde gebilligt.

In Pommern haben Bischof Thom, Prof. Dr. Beyer-Greifswald, Prof. Dr. Helmut Kittel (Akademie Lauenburg) und Studienrat Callie im Namen des Bundes Pommern der Glaubensbewegung Deutscher Christen dem Reichsbischof die Treue zu halten erklärt, aber es gleichzeitig abgelehnt, von der Berliner Reichsleitung Befehle entgegenzunehmen.

Deutschlands Schritt in Wien

Bundeskanzler Dr. Dollfuß spricht sein Bedauern aus. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat dem deutschen Gesandten Dr. Rieth anlässlich des Zwischenfalls an der deutsch-österreichischen Grenze am 23. November, dem ein Angehöriger der Reichswehr zum Opfer gefallen ist, sein Bedauern ausgesprochen. Der Bundeskanzler hat dabei mitgeteilt, daß er alles veranlaßt habe, um eine schnelle und vollständige Aufklärung dieses schmerzlichen Vorkommnisses herbeizuführen und hat sich vorbehalten, zur Frage der Verantwortung Stellung zu nehmen, sobald das Ergebnis der Untersuchung vorliegt.

Auch der österreichische Gesandte in Berlin, Tauschitz, hat dem Reichsaussenminister das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht, wie er auch bereits dem österreichischen Generalkonsul in Nürnberg gestern angewiesen hatte, an dem Leichenbegängnis teilzunehmen und an der Beerdigung des erschossenen Reichswehrsoldaten einen Kranz in seinem Auftrage niederzulegen.

Graudenz in Trauer

Beisetzung der beiden ermordeten Deutschen.

Unter ungeheurer Teilnahme der deutschen Bevölkerung fand in Graudenz die Beisetzung der ermordeten deutschen Bürger, des Schmiedemeisters Krumm und des Installateurs Niebold, statt. In der Kirche konnten mehrere tausend Menschen keinen Einlass mehr finden. Die beiden Särge waren vor dem Altar aufgebahrt. Pfarrer Döbel hielt die Trauerpredigt, in der er u. a. ausführte, nicht Haß solle aus dem Blute der beiden Märtyrer erwachsen, sondern der Wille zum geschlossenen Zusammenstehen für die Freiheit des Glaubens und des Volkstums. Am Namen der

schärften und weiten dafür, was national-sozialer Geist früher erdachte und national-sozialistische Bewegung heute schuf zur Förderung deutschen Kulturgutes.

Ich lasse zum Schlusse Ferdinand Avenarius als Zeugen der vergangenen Zeit, auf deren Schultern wir weiter bauen, sprechen mit seinen eigenen Worten, die wir finden als Zeitaussatz im 1. Jahrgang des Kunstwart-Jahrganges 1911. Der Aufsatz heißt „Die Umformung der Zukunft“ und ist gewidmet der Hygieneausstellung in Dresden. Da findet sich ein Satz, den man heute wie eine Vorahnung anschauen darf. Er lautet:

„Noch mehr als die Gegenwart ahnt, wird die Hygiene einst die Grundlage der Staaten auch in wirtschaftlicher Hinsicht bilden, denn es ist klar, daß in der Weltwirtschafts- wie in aller Kultur-entwicklung, bei sonst gleichem Verhältnisse, der Erfolg auf die Dauer immer nur dem geistig und körperlich gesunden und starken Volk zufallen kann.“

Und weiter spricht Avenarius „von einer kommenden Zeit, wo es sich von selber verstehen wird, daß man alle menschlichen Fragen zunächst auf Volks-gesundheit prüft.“

Sind Ferdinand Avenarius, Theodor Fritsch und alle die anderen Vorkämpfer nicht wahrhafte Bahnbrecher und Wegbereiter national-sozialistischen Gedankengutes gewesen? Es sei ihnen unvergessen. — G. Feldstab.

Hinweis.

Lehrgehalt, das sich die junge Hausfrau ersparen kann — wenn sie sich den Rat und die Erfahrung anderer zunutze macht. Für Wäsche und Haushalt ist und bleibt Dr. Thompson's Schwan-Pulver in dem roten Paket unübertroffen. Schwan-Pulver ist gut, preiswert und sparsam. Wer Schwan-Pulver verwendet, kann nicht besser, billiger und leichter waschen, schrubben und putzen. Warum erst eine große Zahl anderer Mittel versuchen? Ueber 50 Jahre Erfahrung beweisen die Güte von Dr. Thompson's Schwan-Pulver.

Baldwin über Deutschland

Entweder allgemeine Abrüstung oder Angleichung der deutschen Rüstungen.

Das englische Unterhaus hat einen Zusatzantrag der Arbeiterpartei zur Antwortadresse auf die Thronrede, der an der Außen- und Innenpolitik der Regierung Kritik übte, mit 424 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

In der vorausgegangenen Aussprache hatte Baldwin im Namen der Regierung eine bedeutende Erklärung abgegeben. Baldwin führte u. a. aus, die außenpolitische Lage sei außerordentlich schwierig. Die zur Zeit laufenden Botschaften könnten drei verschiedene Ergebnisse haben:

1. Die Entwaffnung aller Länder auf den Stand der gegenwärtigen Rüstung Deutschlands;
2. die Beschränkung der Rüstungen durch ein Verbot aller schweren Angriffswaffen; in diesem Falle würden die hochgerüsteten Staaten bis zu einem gewissen Punkt abgerüstet, während Deutschland bis zu diesem Punkt aufrüsten würde;
3. ein unbefränktes Wettrüsten. Diese dritte Möglichkeit dürfte unter keinen Umständen zugelassen werden.

Großbritannien sei nicht der Ansicht, daß irgendein Land dauernd in einem Zustand der Unterlegenheit hinsichtlich der Bewaffnung gehalten werden könne. Man könne nicht erwarten, daß ein Land in einer solchen Lage verharren wolle. Deutschland habe große innere Probleme zu lösen. Es brauche daher den Frieden, und man hoffe, daß es ihn auch wünsche. Großbritannien, Frankreich und Italien müßten alle in direkte Berührung mit Deutschland kommen und einen Weg ausfindig machen, der einen Fortschritt erhoffen lasse.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach Baldwin die Hoffnung aus, daß die Abrüstungsfrage später einmal wieder eine Angelegenheit des Völkerbundes würde und in seinem Rahmen weitere Rüstungsvermindernngen vorgenommen würden, so daß man sich auf diese Weise Schritt um Schritt dem Ideal der Abrüstung nähern könnte, das alle Menschen erstrebten, an dessen Verwirklichung in naher Zukunft aber nur einige wenige Enthusiasten glaubten.

Deutsch-polnisches Roggenabkommen

Erstes Ergebnis der Vereinigung der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darré, empfing aus Anlaß der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Roggenabkommens den polnischen Gesandten Lipitzki.

Die Unterredung verlief in sehr freundschaftlicher Form. Der Gesandte gab seiner Befriedigung über das Roggenabkommen, das erste praktische Ergebnis in der Vereinigung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen Ausdruck und erklärte insbesondere, daß zweifellos dieses Abkommen auf dem Gebiet des internationalen Warenverkehrs einen wertvollen Beitrag zu den Bestrebungen der europäischen Länder liefere, der Landwirtschaft stabile Marktverhältnisse zu schaffen.

Reichsminister Darré ging auf den Grundgedanken und Zweck des Reichsnährstandgesetzes ein und betonte, daß dieses Gesetz die Voraussetzungen für Deutschland schaffe, über den Weg der Handelspolitik zu einer Befriedung der Verhältnisse in Europa zu kommen.

Zehn Todesurteile

im Hecklinger Kommunistenprozeß.

De s s a u, 28. November. Nach 4 1/2 stündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Biermann, im Hecklinger Kommunistenprozeß am Dienstagabend das Urteil. Zehn der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Wilkus (nicht Wilke, wie es im Strafantrag hieß) wurde freigesprochen.

Die Begründung des Hecklinger Urteils.

De s s a u, 28. November. Die Namen der wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilten Angeklagten im Hecklinger Kommunistenprozeß sind:

1. Arbeiter Johann Uhe,
2. Fabrikarbeiter Karl May,
3. Bergmann Franz Talaga,
4. Dachdecker Hugo Gasi,
5. Isolierer Richard Rückmann,
6. Former Fritz Scheinhardt,
7. Maurer Herbert Scharge,
8. Bauhilfsarbeiter Otto Speckmann,
9. Arbeiter Karl Zellmer,
10. Arbeiter Otto Thalmann, sen.,

jämtlich aus Hecklingen in Anhalt.

Der Steinbrucharbeiter Franz Wilkus wurde freigesprochen, doch wurde der Staatsanwaltschaft anheimgegeben, anderweitig gegen Wilkus vorzugehen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, doch wurde Wilkus sofort in Schutzhaft genommen.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Die in der Waskhütte von Thalmann verammelten Kommunisten haben hier die Verabredung getroffen, einen Feuerüberfall auf die Nationalsozialisten vorzunehmen, und zu diesem Zweck sind zwei der Teilnehmer hinausgeschickt worden. Sie haben dort Posten gefaßt und dann das Herannahen der Nationalsozialisten gemeldet. Das Gericht hat festgestellt, daß von den zehn Angeklagten Gasi und Scharge geschossen haben. Die anderen Angeklagten haben zwar nicht geschossen, aber sie haben die Tat ebenfalls gewollt. Sie mußten deshalb sämtlich als Mittäter verurteilt werden. Dem Angeklagten Wilkus konnte dagegen die Teilnahme an der Tat nicht nachgewiesen werden. Es konnte auch nicht festgestellt werden, daß er als Alleintäter gehandelt hat. Er mußte deshalb freigesprochen werden.

Nach einer Statistik über das Ergebnis des ersten Wahlganges in Spanien haben die Rechtsparteien bisher 149 Sitze, die Linksparteien 101 Sitze und die Völksparteien 57 Sitze erlangt.

Beileid des BDI

an die Hinterbliebenen der in Graudenz ermordeten Deutschen.

Der Reichsführer des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Dr. Hans Steinacher, hat an die Hinterbliebenen der von den Polen in Graudenz ermordeten deutschen Männer ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem es heißt:

In tiefstem Schmerz empfinden wir mit Ihnen den furchtbaren Verlust, den Sie erlitten haben. Alle Deutschen denken in diesen Tagen in erster Trauer, tiefstem Mitleid und unwandelbarer Verbundenheit an die Männer, die für ihr Volkstum fielen.

Als Protest gegen die blutigen Ausschreitungen in Graudenz wurden für das ganze Gebiet alle Vorkahlsversammlungen abgesetzt. Gleichzeitig wurden alle deutschen Vereine des Gebietes ersucht, bis zum Tage nach der Beerdigung der Ermordeten keinerlei gefellige Veranstaltungen abzuhalten. Diese Tage gelten als Trauertage des deutschen Volkstums in Polen.

Arbeitsbeschaffung im Winter

Industrie ruft zur beschleunigten Vergabung der Reparaturaufträge auf.

Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, hat an sämtliche Mitglieder der industriellen Spitzenorganisationen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf den großen Erfolg, den der Führer durch den Ausgang der Wahlen am 12. November für die deutsche Volksgemeinschaft errungen hat und für den ihm der Dank des ganzen Volkes gebührt, die Industrie auffordert, zur Sicherung dieses Erfolges die Ziele der Reichsregierung in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu fördern.

Ein wichtiges Mittel erblickt der Präsident darin, notwendige Ersatz- und Reparaturarbeiten nicht mehr länger hinauszuzögern, sondern unverzüglich alle Betriebe durchzuwachen, in welchem Ausmaß derartige Arbeiten während der nächsten Monate beschleunigt in Angriff genommen werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß selbst kleinste Reparaturen in ihrer Häufigkeit zur Behebung wesentlich beitragen.

Sitzung des Kontrollausschusses

Genf, 29. November.

Der vom Büro der Abrüstungskonferenz im Oktober eingesetzte Ausschuß, der sich mit der Abrüstungskontrolle befaßt, trat in Genf zu einer neuen Sitzung zusammen und behandelte die französische Denkschrift. Der französische Vertreter erläuterte den Plan seiner Regierung und vertrat den Standpunkt, daß die Kommission ihre Arbeit trotz der Unterbrechung der Verhandlungen des Hauptausschusses fortsetzen müsse.

Reichstagsprozeß

Belastungsmaterial gegen die KPD

Die Vernehmung des Kriminalrats Heller im Reichstagsbrandstifterprozeß hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie groß die Gefahr war, die Deutschland durch die verbrecherische Politik der KPD drohte. Nach den amtlichen Feststellungen sind von den Kommunisten planmäßig Sprengstoffmaterialien gestohlen, Vorräte für den Straßenkampf durchgeführt und Anschläge auf lebenswichtige Betriebe vorbereitet worden. Alles das läßt keinen Zweifel darüber, daß das letzte Ziel der Kommunisten immer der bewaffnete Aufstand gewesen ist!

Der gleiche Schluß drängt sich auf, wenn man die Artikel betrachtet, in denen die „Rote Fahne“ im Januar und Februar 1933 die „Notwendigkeit“ einer proletarischen Kampfeinheit dargelegt und den Massenstreik propagiert hat. In der Dienstagssitzung des Reichsgerichtsprozesses hat Kriminalrat Heller einige dieser Artikel dem Gericht zur Kenntnis gebracht, gleichzeitig damit eine Entschuldigende Erklärung abgegeben. Am 1. April 1933 und eine von Johannes Becker 1925 herausgegebene Gedichtsammlung „Der Reichnam auf dem Thron“, die äußerst blutrünstig ist. In dieser Gedichtsammlung findet sich folgende Travestie des christlichen Vaterunsers: „Vergeben wird unsere Schuld in dem Augenblick, da wir das Messer durch die Rippen unseres Unterbrüders jagen!“ Nach diesen, für die KPD sehr belastenden Feststellungen erklärte Kriminalrat Heller zusammenfassend:

Nach dem vorgetragenen Beweismaterial ist klar, daß es der KPD durchaus ernst war mit dem Bestreben, unter dem Vorwande wirtschaftlicher Streiks in den Betrieben zum Massenstreik, zum politischen Generalstreik und schließlich zum bewaffneten Aufstand zu kommen. Die Parteimitgliedschaft war bis in die kleinste Zelle und Einheit vorbereitet und informiert, so daß die Auslösung jeden Augenblick erfolgen konnte, zumal Waffen und Sprengkörper in Hülle und Fülle zur Verfügung standen. Wenn es der KPD, doch nicht gelungen ist, ihr Vorhaben auszuführen, so dürften dafür zwei Umstände maßgebend gewesen sein. Erstens das Nichtzustandekommen der Einheitsfront mit der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiterkraft und zweitens das Eingreifen der staatlichen und polizeilichen Maßnahmen.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, gewinnen auch die Äußerungen, die Torgler am 23. Februar über „umlaufende“ Gerüchte über ein Attentat auf Adolf Hitler gemacht hat, ein ganz anderes Gesicht. Damals meinte Torgler, diese Gerüchte zeigten, „was man noch erwarten könne“. Betrachtet man Torglers Äußerungen rückblickend, dann entlasten sie Torgler nicht, sondern im Gegenteil, sie belasten den ehemaligen kommunistischen Abgeordneten und lassen auf andere Zusammenhänge schließen! Ueber den Zweck, den die Kommunisten mit der Brandstiftung verfolgt haben, äußerte sich Kriminalrat Heller in seiner weiteren Vernehmung noch dahin:

Die Taktik der Kommunisten

Bei einigermaßen geschickter Regie mußte es leicht sein, den Reichstagsbrand den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben und so eine unüberbrückbare Kluft zwischen diesen und den Anhängern der SPD. und den Mitgliedern der Gewerkschaften sowie des Reichsbanners aufzureißen.

Nur so ist der Reichstagsbrand in seiner gewollten eigentlichen Bedeutung zu verstehen und zu bewerten. Er sollte weniger das Zeichen für die Auslösung von Aktionen sein, wie er teilweise in der Provinz verstanden wurde, sondern vielmehr das Hauptmittel, die noch schwankenden Massen, die gegen die NSDAP. und das nationale Denken eingestellt waren, zu den Kommunisten hinüberzuziehen und für ihre Zwecke einzupannern.

Von kommunistischer Seite, erklärte Kriminalrat Heller weiter, wäre zweifellos damals losgeschlagen worden, wenn nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen wäre. Es habe sich nur um einen taktischen Rückzug gehandelt, um eine bessere Gelegenheit abzuwarten. Der Zeuge zitiert eine im November d. J. bekanntgewordene illegale Broschüre, in der es heißt, die Voraussetzungen für einen siegreichen Aufstand seien von der kommunistischen Parteileitung verneint worden. Daraus folge aber beileibe nicht, daß der Kurs der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes abgelehnt werden solle. Die proletarische Revolution in Deutschland sei „unvermeidlich“, und die kommunistische Partei müsse alles tun, um die Mehrheit der Arbeiterkraft zu erobern und die Revolution zu organisieren.

Maßt Kinder froh



ogfart für ein Winterhilfs!

Spendeneinsendungen auf Konto Nr. 125 99
der Anstaltsparasse (Winterhilfe)

Nach Abschluß der Vernehmung des Kriminalrats Heller gab der Angeklagte Torgler eine längere Erklärung ab, in der er behauptete, die vorgetragenen Polizeiberichte enthielten zum Teil Fehler. Der Angeklagte Dimitroff wollte Näheres über den erwarteten kommunistischen Aufstand wissen, insbesondere, ob ein Dokument vorliege. Kriminalrat Heller erwiderte darauf, daß die Bekämpfung dieses Aufstandes Sache der Schutzpolizei gewesen sei und belehrte dann Dimitroff darüber, daß die Schutzpolizei in den kritischen Monaten Tag und Nacht in Bereitschaft gewesen ist.

Vernehmung von Polizeibeamten

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden Beamte der verschiedensten Polizeibehörden vernommen, deren Ausführungen im einzelnen bestätigten, was Kriminalrat Heller bereits allgemein dargelegt hat. So machte Kriminalkommissar Will aus Hamburg Mitteilungen über einen für den 26. Februar in Hamburg geplanten kommunistischen Aufstand auf einen nationalsozialistischen Demonstrationstag. Am gleichen Tage hätten auch kommunistische Terrorgruppen ein nationalsozialistisches Verkehrslokal überfallen und einen Hitlerjungen tödlich und einen anderen schwer verletzt. Die Verhafteten hätten eingestanden, daß von den verantwortlichen kommunistischen Leitern der 26. Februar als ein Tag der Teiltaktionen des bewaffneten Aufstandes bezeichnet worden ist.

Auf einen Einwurf Dimitroffs erklärt der Zeuge Will mit allem Nachdruck, daß er, obwohl er viele Demonstrationen begleitet habe, niemals habe feststellen können, daß Nationalsozialisten die Angreifer gewesen waren.

Zum Schluß der Sitzung äußern sich noch die Kriminalkommissare Hohmann-Königsberg und Schäfer-Frankfurt, die Kriminalsekretäre Mallach (Grenzmarkt Posen-Westpreußen) und Staeglich-Altona sowie Kriminalrat Brose-Düsseldorf über das lebhafteste Treiben der KPD. und die einzelnen Terrorakte in ihren Bezirken. So bekundete Kriminalkommissar Hohmann z. B., daß bei dem Leiter der kommunistischen Terrorgruppe in Königsberg, Jordan, genaue Vorschriften über die Herstellung von Bomben und Giften gefunden worden sind. Auch ein Attentat auf den Führer sei geplant gewesen. Eingehend schilderte Kriminalsekretär Staeglich alsdann noch den Altonaer Blutsonntag, an dem 18 Menschen getötet und 60 verletzt worden sind. In der von den Kommunisten für den 5. März 1930 ausgegebenen Parole habe es wörtlich geheißen, „es müsse schon morgens gleich Tote geben.“ Am 6. März sei dann ein Fackelzug der SA. beschossen worden, wobei abermals drei Personen getötet und 18 schwer verletzt worden seien. Altona sei der Brennpunkt des kommunistischen Terrors gewesen.

Am den 26. Februar herum hätten die Kommunisten nur noch auf den Befehl zum Bürgerkrieg gewartet.

Das Tragen des Dienstanzuges. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, erklärt folgende Verfügung: „Das Tragen des Dienstanzuges — nicht eines Brautkleides allein ohne alle Abzeichen — bei Erscheinen vor Gerichten, Arbeitsgerichten und auf den Arbeitsstätten wird hiermit unterlagt. Zeugen können im Dienstanzug erscheinen.“

Bericht des.

Latenschulungslehrgänge im Co. Johannesstift-Spanbau.

Die Apologetische Centrale veranstaltet ihre nächsten Latenschulungslehrgänge im Frühjahr kommenden Jahres, und zwar finden je ein Lehrgang für Anfänger und für Fortgeschrittene statt.

Kursus „A“ (für Anfänger) vom 5.—17. Febr. 1934

Gesamthema: Der Christ in der Zeitenwende der Gegenwart.

Kursus „B“ (für Fortgeschrittene) vom 26. 2.—10. 3. 34.

Gesamthema: Reformation und Gegenwart.

Ausführliche Programme sowie Anmeldeformulare sind durch die Apologetische Centrale, Berlin-Dahlem, Fietzenstraße 24, anzufordern.

„Zigeunerkinder-Weihnachten“

auch in diesem Jahre?

Zigeunerkinder wie Sand am Meer — auch in diesem Winter! Wollen Sie einmal in unsern Missionswagen hineinschauen? Wir haben ihn von einem Zigeuner gemietet. Er steht auf einem Zigeunerplatz, aus dem Halbdunkel — denn es ist schon dämmrig — blicken uns kohlraben-schwarze Augen an. Die Kinder, die dicht gedrängt auf dem Fußboden hocken und im Hintergrund stehen, sind echte kleine Zigeuner — die Jungen stramm und stämmig, die Mädchen oft bildschön. An der Wand hängen Bilder. Die Kinder könnten ihnen die Geschichten drauf erzählen — wie die Hirten das Jesuskind anbeten, wie der Heiland die Kinder so lieb hat, wie er den toten Jüngling wieder lebendig macht und — wie er am Kreuz hängt. Warum denn? wird gefragt. „Weil wir gestohlen haben!“ ruft ein Junge zurück. Sie laufen auch jetzt einer biblischen Geschichte. Aber wir werden unterbrochen. Behutsam wird die Wagentür geöffnet, zwei Töpfe werden reingeschoben — die Milch ist drin. Zwei Kinder kommen nach. „Wir haben heut einen Liter weniger bekommen, berichten sie und liefern ehrlich 24 Pfennig ab. — Das ist ein großer Sieg in Zigeunerkindergarten! — Leider hat unser Missionswagen keinen Motor und keine Pferde. Aber auf einem andern Platz kommen auch so viele Kinder entgegengeläufig, daß der Wagen riesengroß sein müßte, um sie alle aufzunehmen. Doch ein Lied wollen sie wenigstens draußen singen: „Wir Zigeunerkinder haben Jesus lieb, den die Liebe zu uns auf die Erde trieb.“

Da stehen sie, des Heilands kleine braune Garde — mit weit aufgerissenen Mündern und eifrigen Gesichtern. Sie denken nicht daran, daß die Menschen sie verachten, auch nicht, daß sie vor Kälte zittern und an die nackten Füße im Schmutz —. All die Jungenshosen, die ich vor einem Jahr auf meine Weihnachtsbäume bekommen habe, sind nun zerrissen. Einem Jungen, der uns entgegenlief, war eins der langen Hosenbeine von unten bis oben auseinandergeplatzt. Es flatterte lustig um ihn herum. Draußen war auch nichts. Mit der Mädchenbekleidung sieht es ähnlich aus. Sungig sind sie alle und ihre Zigeunerkindergärten sehnen sich nach Freude und Liebe, wovon sie so wenig haben.

Darf ich da auch in diesem Jahre anklopfen mit meiner Weihnachtsbäume für meine kleinen, braunen, heimatlosen Schutzlinge?

Frau Pastor Zeller, Berlin N. 65, Hospiz Schönwalderstraße 21. Postfach. Berlin 1187 89. Die Arbeit geschieht in Verbindung mit der „Mission für Süd-Ost-Europa.“

Bethel.

Christlicher Verein junger Mädchen. Mittwoch: Vereinstunde. Donnerstag: Singkreis.

— Heute, Mittwoch, 4 Uhr an der Volksschule Bethel-Gadderbaum: Dienst des Jungenzuges „Rote Husaren“.

Frauenhilfe. Jungmütterabend Donnerstag abend 8 Uhr Kaffeestube. Nähmaschinen mitbringen.

Da alljährlich die Bestellungen in Näharbeiten kurz vor dem Weihnachtsfest sich sehr häufen, bitten wir unsere verehrte Kundschaft, die uns zugekauften Aufträge zwecks Anfertigung von Damen-, Herren-, Kinderwäsche, Bettwäsche usw. doch bald hereinzugeben, damit für pünktliche Lieferung Sorge getragen werden kann.

Weiß und farbige Hemdenstoffe, Schlafanzugstoffe, Bettlakens, Bettdecken usw. können in reicher Auswahl und modernsten Mustern vorgelegt werden.

Optik, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Halbtagshilfe für Haushalt gesucht. Näheres Geschäftsstelle des Aufwärts.

Hasliberghaus Goldern

Evangel. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost). Geistigregre, freudig. Hausgemeinsch. Erfolgreiche Herbst- und Winterkuren. Illustrieren Prospekt vom Hausvater Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Unsere Weihnachts-Russstellung ist eröffnet.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere neuzeitlich eingerichtete Einrahmerei, in der auch bei uns nicht eingekaufte Bilder gerahmt werden.

Die Verkaufszeiten sind Sonnabends wie an den übrigen Wochentagen von 8-12 u. von 14-19 Uhr

„OPHIR“

Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel

Je früher Sie Ihre
Weihnachts-Einkäufe
besorgen, desto besser! Bequem und in aller Ruhe können Sie aus der großen Auswahl meiner Abteilungen wählen. Die fachmännische Beratung und freundliche Bedienung meines geschulten Personals macht es leicht, das Richtige zu finden. Gekaufte Ware wird gern bis zum gewünschten Tage zurückgelegt.
F. Buddeberg
Bielefeld

Dr. Thompson's Schwan

Die billige Waschkraft

Möbel aller Art
gut und preiswert vom
Möbelhaus Heinz Klare
Bielefeld / Nur Oberwall 3b (gegenüber dem Kriegerdenkmal)
Erläuterte Zahlungsbedingungen
Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.